

zeigt Jaworski anschaulich, einen nicht zu unterschätzenden Quellenfundus dar, der in der Forschung viel zu lange vernachlässigt wurde.

Lediglich zwei kleine Nachträge seien abschließend erwähnt: Dabei handelt es sich um eine Anregung inhaltlicher Art sowie um eine eher redaktionelle Randnotiz. Zum einen wäre eine Einbettung der Ergebnisse in einen gesamtkunsthistorischen Kontext begrüßenswert, denn gerade in der darstellenden Kunst spielen weibliche Allegorien seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Skulpturenkunst Deutschlands eine tragende Rolle. Dies galt insbesondere dann, wenn es um die Verbildlichung von Nation im Kontext von Kriegen ging, setzte sich die Abbildung allegorischer Weiblichkeit doch von der bildhauerischen Arbeit über Briefmarken und Geldscheine bis hin zur Postkarte fort.² Vermutlich aber würde ein solches Vorgehen das bestehende Format des Buches gravierend verändern und den Lesegenuss schmälern. Und zum anderen: Sollte an eine Neuauflage der Publikation gedacht werden, wäre über ein Abbildungsverzeichnis nachzudenken, in dem die Postkarten als Quellen mit Verleger, Verlags- und Vertriebsregionen, möglicherweise sogar ihre Grafiker Nennung fänden.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

2 Beginnend mit u.a. Silke Wenk: Versteinerte Weiblichkeit. Allegorien in der Skulptur der Moderne, Köln u.a. 1996, hier S. 87-112.

Robert Spät: Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894–1918, Marburg: Verlag Herder-Institut 2014, X, 477 S.

Die preußische Polenpolitik und der sich verschärfende deutsch-polnische Nationalitätenkonflikt um 1900 sind in den letzten Jahrzehnten Gegenstand einer Vielzahl von Untersuchungen geworden. Dabei wurden die Wechselwirkungen zwischen repressiver Politik und Erstarken der polnischen Nationalbewegung, die Tätigkeit nationalistischer Organisationen und die Entwicklung kolonialer Deutungs- und Herrschaftsformen herausgearbeitet. Im Fokus standen damit vor allem die Akteure und Konzeptionen, die zu einer Verschärfung des Nationalitätenkonfliktes beitrugen. Es ist ein Verdienst der 2013 mit dem Wissenschaftspreis des polnischen Botschafters in Berlin ausgezeichneten Studie von Robert Spät, die Auseinandersetzung der deutschen Öffentlichkeit mit der preußischen Polenpolitik in ihrer ganzen Breite darzustellen und dabei besonders auf die für eine deutsch-polnische Verständigung eintretenden Kritiker dieser Politik einzugehen.

Der Autor schildert in einem ersten Teil die mediale Debatte um die Gesetzgebung für die östlichen Provinzen Preußens und um den Umgang mit der dort lebenden polnischsprachigen Bevölkerung zwischen dem Ende der so genannten Versöhnungsära unter Reichskanzler Caprivi 1894 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Er thematisiert dabei zunächst die wachsende Kritik an der Politik Caprivis, die mit der Aktivierung negativer Polenbilder in der Öffentlichkeit sowie der Gründung des nationalistischen Ostmarkenvereins einherging, und schildert zugleich die vielfältigen Gegenstimmen gegen die erneute Verschärfung der repressiven Polenpolitik ab 1894. Anschließend wird die öffentliche Debatte um die Einführung des deutschsprachigen Religionsunterrichtes für polnischsprachige Schulkinder in den östlichen Landesteilen Preußens anhand der Berichterstattung

über die Schulstreiks in Wreschen 1901/02 sowie in einer Vielzahl von preußischen Orten 1906/07 vorgestellt. Schließlich erörtert Spät die in der Presse ausgetragenen Kontroversen um die Verschärfung der Ansiedlungsgesetzgebung 1904, die Sprachbestimmungen des Vereinsgesetzes von 1908 sowie um die Einführung und schließliche Umsetzung des Enteignungsrechtes zugunsten der Ansiedlung deutscher Bauern 1908/12. Insgesamt zeichnet Spät das Bild einer tief gespaltenen Öffentlichkeit, wobei die Grenze im Wesentlichen zwischen den politischen Lagern der preußischen Vorkriegspolitik verlief. Auf der einen Seite propagierte die Presse, die – vom Autor auch als rechte Presse bezeichnet – den im preußischen Landtag dominierenden Parteien der Konservativen und Nationalliberalen sowie den nationalistischen Verbänden nahestand, unter Verweis auf eine angebliche Bedrohung der deutschen Bevölkerung und der Interessen des Reiches durch die polnische Nationalbewegung eine stete Verschärfung der Repressionsmaßnahmen. Auf der anderen Seite kritisierte die sozialdemokratische, linksliberale und die dem Zentrum nahestehende katholische Presse, unterstützt von Veröffentlichungen für eine Verständigung eintretender polnischer Autoren, grundsätzlich die Ausrichtung der preußischen Politik, wenn auch mit unterschiedlicher Stoßrichtung. Im Zentrum der linksliberalen Publikationen stand die Forderung nach Rechtsgleichheit, die katholische Presse verurteilte die antipolnische vor allem als antikatholische Politik, die sozialdemokratische als gegen die polnischen Arbeiter gerichtet.

Der zweite Teil der Studie ist der Berichterstattung über Polen und den Debatten um eine Neuausrichtung der Polenpolitik während des Ersten Weltkrieges gewidmet. Der Autor konstatiert zunächst eine im Zuge der Besetzung polnischer Landesteile während der ersten Kriegsjahre rasch zunehmende Berichterstattung über Polen und polnische Kultur, an der sich auch polnische, auf Deutsch publizierende Autoren beteiligten. Negative Polenbilder, Stereotypen und Geschichtsdeutungen seien dabei partiell relativiert worden und eine an deutsch-polnischer Verständigung orientierte sowie die Gründung eines polnischen Staates auf russischem Gebiet befürwortende Ausrichtung der Presse habe zumindest scheinbar die Öffentlichkeit dominiert. Den Hintergrund bildeten die Erwartung, die polnische Bevölkerung der besetzten russischen Landesteile als militärischen Bündnispartner zu gewinnen, und die bis 1916 untersagte öffentliche Diskussion von Annexionszielen. Spät erörtert anschließend das Abebben des Interesses an Polen als potentiell Verbündeten und die Zunahme von gegen eine Zusammenarbeit gerichteten Pressebeiträgen nach der vorläufigen Konstituierung des Königreichs Polen durch die Mittelmächte 1916. Als bedingende Faktoren führt Spät an, dass die Organisation verbündeter polnischer Militärverbände misslang, dass die scheinbar günstige Kriegslage im Osten keine Kompromisse erforderlich machte und dass schließlich die Freigabe der Kriegszieldiskussion öffentliche Annexionsforderungen ermöglichte.

Abschließend geht Spät auf die Debatten um Änderungen der Gesetzgebung in Preußen und im Reich während des Krieges ein. Einige die polnische Bevölkerung besonders diskriminierende Bestimmungen der Ansiedlungsgesetzgebung wurden zwar auf dem Verwaltungsweg vorläufig außer Kraft gesetzt und polnischsprachiger Religionsunterricht wurde zunehmend geduldet, allerdings erfolgte bis Kriegsende keine grundsätzliche Gesetzesrevision. Spät konstatiert, dass die Entwicklung der Diskussionen um die Verhältnisse in den preußischen Ostprovinzen parallel zu denen um die Beziehungen zur polnischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten verlief. Während der ersten Kriegsjahre nahm die öffentliche

Kritik an der Gesetzeslage stark zu, da die Inkonsistenz einer Politik offensichtlich war, die einerseits darauf zielte, die polnische Bevölkerung der besetzten russischen Gebiete als Bündnispartner zu gewinnen, andererseits aber nicht bereit war, sich endgültig von einer Gesetzgebung zu verabschieden, die die polnische Bevölkerung im Reich diskriminierte. Ab Ende 1916 nahm der Anteil der Publikationen, die sich gegen Versuche einer Verständigung mit der polnischen Minderheit im Reich aussprachen, aber wieder deutlich zu. Spät führt als Grund dafür neben der schon geschilderten Neubewertung der außenpolitischen Lage auch die wachsende Überzeugung an, die angekündigte Reform des Wahlrechtes in Preußen werde automatisch zu neuen Mehrheiten und damit zu einem Wandel der Politik führen. Warnungen vor den Folgen einer neuen Polenpolitik wurden in der konservativen und nationalistischen Presse nun zum Argument gegen die Einführung des Verhältniswahlrechtes. Die Studie schließt mit einem Ausblick auf die in der Weimarer Republik von der Presse jeder politischen Richtung geteilte Ablehnung der nach dem Krieg erfolgenden Grenzziehung zu Polen.

Der Erkenntniswert der detailreichen Untersuchung wird leider durch zwei folgenreiche Vorentscheidungen eingeschränkt. Der Autor betrachtet – wie er bereits in der Einleitung festhält – die Politik gegenüber der polnischsprachigen Minderheit im Deutschen Reich nur als Teil von dessen Umgang mit sprachlichen Minderheiten. Die von Klaus Zernack herausgearbeitete Belastung der Reichsgründung durch den Einschluss der früher polnischen Landesteile, der die deutsche Außenpolitik auf eine Abwehr polnischer Nationalstaatsbildung mehr oder weniger festlegte,¹ wird von ihm weitgehend ausgeblendet. Als „polnische Frage“ wird nicht die Frage nach der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens diskutiert, sondern nur die Frage des Umgangs mit der polnischsprachigen Minderheit im Reich sowie zur Zeit des Ersten Weltkriegs auch die Frage der Zukunft des russischen Teilungsgebietes Polens. Dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass die für eine deutsch-polnische Verständigungspolitik eintretenden Pressebeiträge, auf die Spät sich konzentriert, eine Thematisierung von Fragen nach einer zukünftigen polnischen Staatlichkeit und deren Grenzen gezielt vermieden oder dass sie tatsächlich – anders als noch in der Polendebatte in der Paulskirche von 1848 – von der Irrelevanz dieser Fragen ausgingen. Inwiefern das eine oder das andere zutrifft, bleibt allerdings unklar, da diese Fragen in der Studie – abgesehen von der Erwähnung „tendenziöser“ Zusammenstellungen polnischer Publikationen in der „rechten“ Presse, die damit versucht habe, die Bedrohung der Reichsgrenzen durch die polnische Nationalbewegung zu begründen – gar nicht thematisiert werden. Damit im Zusammenhang steht, dass Beiträge polnischer Autoren im Wesentlichen nur herangezogen werden, sofern diese sich in der deutschsprachigen Presse für eine Milderung der antipolnischen Gesetzgebung im Rahmen der bestehenden Staatsgrenzen und der deutschen Dominanz aussprachen. Über die Debatten in der polnischsprachigen Öffentlichkeit des Reiches und deren Verhältnis zu den deutschsprachigen ist kaum etwas zu erfahren – außer dass die zitierten, eher konservativen und aristokratischen Autoren zunehmend an Deutungsmacht verloren. Ob es im Übrigen sinnvoll ist, dass deren Namen im Text mit den unterschiedlichen damals genutzten eindeutschenden Schreibweisen wiedergegeben werden, sei dahingestellt.

1 Klaus Zernack: Polen in der Geschichte Preußens, in: Otto Büsch (Hrsg.): Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens, Berlin 1992, S. 377-448.

Die zweite Grundentscheidung des Autors, die die Aussagekraft der Studie stark beeinträchtigt, ist die Konzentration auf die Kommentare in verschiedenen Presseorganen zu einzelnen Ereignissen und politischen Entwicklungen. Wie Spät selbst in der Einleitung anmerkt, war die Presse des Kaiserreichs eine weitgehend an einzelne politische Lager gebundene Meinungspressen. Insofern kann es nicht weiter verwundern, dass die Berichterstattung zu Gesetzgebungsverfahren, Gerichtsurteilen oder allgemeinen Entwicklungen sich im Wesentlichen an die vorgegebene politische Linie hielt und der Autor in der Zusammenfassung geradezu ritualisierte Reaktionen in den jeweiligen Lagern konstatiert. Über konkrete Konzepte eines zukünftigen Umgangs deutscher und polnischer Bevölkerung miteinander und über interne Diskussionen darüber innerhalb der jeweiligen Lager ist so gut wie nichts zu erfahren und es bleibt offen, inwieweit es dergleichen Debatten gegeben haben mag. Nur im Falle der von Hans Delbrück herausgegebenen Preußischen Jahrbücher werden die Entwicklung der Beiträge zu Fragen der Polenpolitik und deren Hintergründe an einer Stelle in längerfristiger Perspektive analysiert. Aber auch hier, wie bei der Analyse der liberalen Presse insgesamt, wird der aus der Forschung herausgearbeitete Zusammenhang der Debatten um Modernisierungs- und Polendebatte² nicht konsequent nachverfolgt. Ebenso wenig werden die damit zusammenhängenden Hintergründe des Schwankens der konservativen Presse zwischen Zustimmung zu nationalistischer Politik und Bedenken gegen radikale Maßnahmen deutlich herausgearbeitet.

Da sich die Studie auf die Befürworter einer deutsch-polnischen Verständigung konzentriert, fällt noch mehr auf, dass von internen Debatten in deren Spektrum kaum etwas zu erfahren ist. Gab es zum Beispiel keine Diskussion in der sozialdemokratischen Presse über das Verhältnis zu den unabhängigen Organisationsbemühungen der „Polska Partia Socjalistyczna“ [der Polnischen Sozialistischen Partei] oder über Mehrsprachigkeit in den eigenen sozialdemokratischen Vereinen und Parteiorganen? Wurde in der katholischen Presse nicht über das Verhältnis zwischen polnischen nationalen Kandidaten und denen des Zentrums bei Wahlkämpfen in Oberschlesien und Westpreußen diskutiert? Erörterten die vom Autor häufig zitierten Autoren der liberalen, für deutsch-polnische Verständigung eintretenden „Posener Neuesten Nachrichten“ nicht Möglichkeiten und Probleme der Zusammenarbeit mit polnischen Organisationen? Dies sind nur einige der Fragen, die sich beim Lesen der Studie stellen, ohne dass in ihr darauf näher eingegangen würde.

Insgesamt muss aber noch einmal betont werden, dass die Arbeit von Robert Spät eine große Menge Material auswertet und eine Vielfalt von Details beschreibt. Für zukünftige weiterführende Forschungen zur Wahrnehmung und zum Umgang mit der „polnischen Frage“ dürfte damit der Weg bereitet sein.

Karsten Holste, Halle

2 Grundlegend dazu Uwe Müller: Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zwischen nationalitäten- und agrarpolitischen Zielen, in: Uwe Müller (Hrsg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939), Berlin 2006, S. 141–166.